



## Stellungnahme

Berlin, 05.01.2021

Am 1. Januar 2021 ist der Gemeinderabbiner von Offenbach erneut antisemitisch angegriffen worden. Laut Polizei wurde der Rabbiner am Freitag von einem Passanten mit antisemitischen Parolen angepöbelt, beschimpft und bedrängt, nachdem er die Synagoge verlassen hatte. Der Rabbiner wurde von einem Sicherheitsmann der Offenbacher Gemeinde begleitet. Ein weiterer, zufällig anwesender, Sicherheitsmitarbeiter der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland verständigte zusammen mit einem Nachbarn die Polizei und stellte den Täter.

In den vergangenen Jahren ist es in Offenbach wiederholt zu antisemitischen Übergriffen gekommen. Gegen den Tatverdächtigen wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eingeleitet.

Bei antisemitischen Übergriffen geht es um eine Kontinuität antisemitischer Gewalt, die sich in den letzten Jahren zunehmend verdichtet. Ideologiemotivierte Gewalttaten richten sich nicht nur gegen Einzelne, sondern gegen die Gemeinschaft und wirken verunsichernd bis traumatisierend. Es ist die Aufgabe der gesamten Gesellschaft – in erster Linie der Ermittlungs-, Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden – diese Kontinuitäten zu erkennen und wirksam dagegen vorzugehen. Zudem spielen die fortwährende Erfassung und Dokumentation sowie auf Dauer angelegte Prävention und Betroffenenberatung eine wichtige Rolle.

Die Beratungsstelle OFEK e.V. unterstützt Betroffene antisemitischer Gewalt und Diskriminierung bei der Bewältigung weiterreichender Folgen der Übergriffe, ungeachtet ihrer strafrechtlichen Relevanz. In Hessen bietet OFEK e.V. Betroffenen, ihren Angehörigen, Zeug\*innen wie auch ratsuchenden Organisationen (Gemeinden, Schulen usw.) umfassende Beratung und Begleitung an. Das Projekt „OFEK Hessen“ mit Sitz in Frankfurt am Main wird durch das Landesprogramm „Hessen – Aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ gefördert und hessenweit umgesetzt.

„Ich lebe in direkter Nachbarschaft der Rabbinerfamilie. Am Freitagabend habe ich laute Schreie gehört und bin rausgerannt. Ein Mann hat den Rabbiner vor seinen Kindern antisemitisch beschimpft und bedrängt. Ich bin dem Täter hinterhergefahren, ein Nachbar ist ihm hinterher gefolgt und die Polizei am Telefon soweit navigiert, bis sie ihn gefasst haben. Für mich ist es wichtig gewesen, dass der Täter gefasst wird und nicht unbestraft davonläuft.“

*Khaim Shamaev, Sicherheitsleiter, Max Willner Heim (ZWST)*

„Beschimpfungen und tätliche Angriffe auf Juden sind in Deutschland leider keine Seltenheit mehr. Doch wenigstens haben unbeteiligte Nachbarn bei dem wiederholten Angriff auf Rabbiner Gurewitz nicht weggesehen, sondern sich eingemischt. Das ist ein kleiner Trost!“

*Daniel Neumann, Direktor Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen*

„Die antisemitische und rassistische Gewalt ist nie zufällig. Diese darf nicht als Einzelfallerscheinung gewertet werden. Alle Menschen haben das Recht auf körperliche und psychische Unversehrtheit, soziale Teilhabe, Schutz und Anerkennung. Ein wichtiger Beitrag, den wir alle ab sofort leisten können, ist die Solidarität, der Beistand und die Einforderung radikaler Bewusstwerdung für die fortwährende Bedrohung.“

*Marina Chernivsky, Geschäftsführung, OFEK e.V.*

